

Hilfe für Kurden in Nordsyrien zulassen!

Erdogan wird zum Totengräber von Kobani

Einladung zur Mahnwache

Dienstag, 14. Oktober 2014, 17 bis 19 Uhr

vor dem historischen Rathaus in Münster, Prinzipalmarkt

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) fordert die deutsche Bundesregierung und die EU-Regierungen dringend dazu auf, den von IS-Islamisten eingekesselten Kurden im nordsyrischen Kobani sofort zu helfen. Denn gegen die dort eingeschlossene Bevölkerung – auch gegen Kinder, Frauen und alte Menschen - wird unter den Augen des türkischen Militärs ein Vernichtungskrieg geführt. Internationale Medien berichten immer wieder, dass Islamisten und die türkische Regierung sehr eng zusammenarbeiten, um gegen die kurdische und christliche Bevölkerung in Nordsyrien vorzugehen. Vieles spricht dafür, dass Ankara seit mindestens zwei Jahren auf die Extremisten setzt. Nach Auffassung der GfbV ist es Ziel der türkischen Regierung, die drei nordsyrischen kurdischen Kantone Kobani, Afrin und Jazeera zu zerschlagen. Hilfslieferungen an die notleidenden Einwohner und Flüchtlinge von Afrin, Jazeera und vor allem in die jetzt umkämpfte Ortschaft Kobani dürfen von der Türkei aus nur sporadisch die Grenzen passieren. In Kobani sollen sich noch viele Zivilisten befinden. Dort gibt es inzwischen kaum noch Lebensmittel. Statt Hilfe nach Kobani zu lassen, strebt die Regierung in Ankara, gegen den Willen der kurdischen und christlichen Bevölkerung, eine türkisch beherrschte „Pufferzone“ in Nordsyrien an. Der türkischen Regierung das Leben und Wohlergehen der Menschen in diesen seit zwei Jahren selbstverwalteten kurdischen Kantonen anzuvertrauen wäre unverantwortlich, denn sie schikaniert und diskriminiert die kurdische Bevölkerung im eigenen Land seit Jahrzehnten. Es ist vorhersehbar, dass Recep Tayyip Erdogan seine Politik der Zwangsassimilierung und Vertreibung auch gegen die Kurden in Syrien fortsetzen wird.

Unsere Menschenrechtsorganisation drängt darauf, die Türkei endlich unmissverständlich aufzufordern, jegliche logistische Unterstützung für die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) und die ebenfalls islamistische al-Nusra-Front einzustellen. Es ist ein Skandal und bezeichnend für die kurdenfeindliche Einstellung der türkischen Regierung, dass am vergangenen Mittwoch in der türkischen Grenzstadt Suruç mindestens 308 Kurden aus Kobani festgenommen wurden mit der Begründung, wer jetzt noch von der anderen Seite der Grenze herüberkäme, gehöre entweder zur PKK oder zur YPG, einer syrisch-kurdischen Miliz. Nach Informationen der GfbV waren die meisten dieser Kurden jedoch Mitarbeiter verschiedener ziviler Behörden von Kobani. Die YPG schützt seit Monaten die kurdische, aber auch yezidische, christliche und arabisch-sunnitische Bevölkerung sowohl in Kobani als auch in anderen Regionen Syriens vor Angriffen der Terrorgruppe IS.

Zur aktuellen Lage in der Region ist der **GfbV-Nahost-Referent, Dr. Kamal Sido**, erreichbar unter Tel. 0173 67 33 980.

Kontakte zur Gesellschaft für bedrohte Völker in Münster:

Kajo Schukalla, Markweg 38, 48147 Münster, Tel. 0251/ 2390606, E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Ulrike Kuhlmann, Tel. 0251/ 5309793,, E-mail: ulrikekuhlmann@gmail.com

